

# Evangelische Verantwortung

## Bundestagswahl 2005

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Bilanz von Rot-Grün	11
Evangelisches Leserforum	18
Aus unserer Arbeit	19

## „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“



**Rede der Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB, anlässlich der 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg**

Lieber Thomas Rachel, liebe Freunde des EAK, liebe Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, liebe Teilnehmer der EAK-Bundestagung und vor allem liebe Gäste hier in der Kongresshalle in Heidelberg,

es ist ein schönes Gefühl, so freundschaftlich von Ihnen empfangen zu werden. Ich freue mich, dass es sich inzwischen zu einer guten Tradition entwickelt hat, dass ich an der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU teilnehmen und meinen Beitrag zu Ihrer Tagung leisten kann. Diesmal möchte ich natürlich zuerst Thomas Rachel und allen gewählten Vorstandsmitgliedern ganz herzlich gratulieren. Auf weitere gute Zusammenarbeit und auf eine tatkräftige Arbeit des EAK

im Sinne der christlichen Werte, im Sinne aber auch der Gemeinsamkeit von CDU und CSU! Denn, liebe Freunde, liebe Gäste, die Tatsache, dass wir von den Menschen im Lande so wahrgenommen werden, wie es momentan der Fall ist, hängt auch damit zusammen, dass CDU und CSU die inhaltlichen und personellen Entscheidungen der letzten Zeit gemeinsam gefällt haben. Diese Gemeinsamkeit werden wir durch den Wahlkampf hindurch – so er dann kommt – beibehalten, um den Menschen zu zeigen, dass die Union die Kraft ist, die Deutschland aus einer schwierigen Situation herausführen kann. Die Union ist die Kraft, die den Menschen Halt gibt und an die Wurzeln unseres Lebens erinnert, wenn es darum geht, das 21. Jahrhundert gestalten zu wollen. Deshalb bitte ich auch weiterhin um Ihre Unterstützung – um die Unterstützung des Evangelischen Arbeitskreises. Auch in Zukunft ist Ihre Arbeit unerlässlich.

Wir begehen in diesem Jahr viele Gedenktage. Der 8. Mai als 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges ist nur einer davon. In der kommenden Woche werden wir 60 Jahre Christlich Demokratische Union feiern. Wenn wir uns an die CDU erinnern, dann stellen wir fest: Die CDU ist eine zutiefst föderale Partei, eine Partei, die an vielen Orten entstanden ist. Eine Partei, die ihre Bundesgründung erst 1950 hatte. So wird dieses Gedenken an den 60. Jahrestag ein Gedenken an die Gründung der CDU in Berlin sein. Das geschah im Juni 1945, im Theater am Schiffbauerdamm. Diesem Beispiel folgten weitere Gründungen an vie-

*Die Union ist die Kraft, die den Menschen Halt gibt und an die Wurzeln unseres Lebens erinnert, wenn es darum geht, das 21. Jahrhundert gestalten zu wollen.*

*Die Statik, das Fundament unserer Gesellschaft und der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union, ist für mich ohne die christliche Botschaft nicht denkbar.*

len anderen Orten Deutschlands. In Berlin, im Theater am Schiffbauerdamm, wollen wir uns am 16. Juni daran erinnern, was diese Partei – und das gilt in gleicher Weise auch für die CSU – was unsere Parteien zu dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben. Wir wissen ja: Bevor wir über die Zukunft unseres Landes sprechen, müssen wir uns erst einmal der Vergangenheit vergewissern. 60 Jahre CDU, das sind 60 Jahre Brückenbau. Die Christlich Demokratische Union hat ihren Gründungsimpuls aus den Lehren der Geschichte gezogen. Wir müssen auch heute um der Werte der Freiheit und der Demokratie willen immer wieder Brücken in unserer Gesellschaft bauen, damit diese Gesellschaft keine Irrwege geht. Eine solche Brücke war das große Bekenntnis, dass sich Christen katholischen und evangelischen Glaubens auf den Weg gemacht und in einer gemeinsamen Partei zusammengefunden haben. Die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises war auch eine Antwort darauf, dass es gelungen war, die Brücke zwischen den Konfessionen innerhalb der Partei zu bauen. Dass evangelische und katholische Christen einen gemeinsamen Weg gehen, steht heute außer Frage. Inzwischen stehen wir vielmehr vor dem Problem, wie wir auf die Menschen zugehen, die gar keinen Zugang mehr zum christlichen Glauben haben.

Sie, liebe Freunde, haben auf Ihrer Tagung hier darüber gesprochen, was unsere Gesellschaft zusammenhält – ‚Multikulti‘ oder ‚Leitkultur‘, was brauchen wir? – das ist das Thema, das Sie sich gestellt haben. Ich denke, wir sind uns einig, dass unsere Demokratie, unsere Bundesrepublik Deutschland, genauso wie die politischen Ordnungen anderer europäischer Länder, ohne die Wurzel des christlichen Glaubens, ohne die Aufklärung, ohne das christlich-jüdische Erbe nicht denkbar sind. Das werden wir weiterhin zum Ausdruck bringen. Deshalb werden wir natürlich überhaupt gar keinen Gedanken daran verschwenden, das „C“ in unserem Namen zu streichen. Im Gegenteil: Ich bin der Meinung, das „C“ in unserem Namen wird noch wichtiger. Vielleicht muss es aber anders erläutert werden. Vielleicht muss wieder mehr darüber gesprochen werden. Dieses „C“, das Christliche also, ist auch nie im Sinne einer Abschottung verstanden gewesen, sondern es ist immer eine Einladung gewesen. Die Statik, das Fundament unserer Gesellschaft und der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union, ist für mich ohne die christliche Botschaft nicht denkbar. Ich sage das in einer Zeit, in der Deutschland vor außerordentlich großen Herausforderungen steht. Es ist die Herausforderung, die Zukunft für die Menschen so zu gestalten, dass wir das, was wir in

den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland den Menschen versprechen konnten, auch in Zukunft wieder halten können. Natürlich war eine der Erfolgsgeschichten, die sich aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickelt hat, die Soziale Marktwirtschaft, das ist überhaupt keine Frage. Denn die Soziale Marktwirtschaft geht von einem Menschenverständnis aus, das Freiheit und Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Ohne dieses Verständnis vom Menschen ist die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Ich sage das deshalb, weil wir nach den Jahrzehnten, die seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ins Land gegangen sind, meiner Ansicht nach darüber wieder grundsätzlich sprechen müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass der möglicherweise bevorstehende Wahlkampf sich eigentlich auf einige wenige Grundfragen konzentrieren wird, nämlich die Fragen: Wie sehe ich den einzelnen Menschen? Was traue ich ihm zu? Wie viel Verantwortung möchte ich ihm zugestehen? Gehöre ich zu denen, die den Menschen im Grunde genommen misstrauen? Manche Politiker glauben zu wissen, was zu tun ist, und denken sich immer wieder Vorschriften aus, um anderen damit ein vermeintlich gutes Leben zu ermöglichen. Ob ich Vertrauen in die Menschen habe oder ihnen gegenüber Misstrauen hege, das ist die entscheidende Frage. Die Soziale Marktwirtschaft – das, was Ludwig Erhard und Konrad Adenauer ins Werk gesetzt haben und wofür viele andere wie Jakob Kaiser gekämpft haben –, war immer eine Politik, die den Menschen aus dem christlichen Verständnis des Menschen heraus vertraut hat. Meine Damen und Herren, daran müssen wir anknüpfen, alles andere führt in die Irre. Deshalb möchte ich an dieser Stelle Ludwig Erhard zitieren, damit wir uns daran erinnern, wie damals gesprochen wurde: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitiker darauf abzielen, dem Menschen schon von der ersten Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten (...), dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist (...).“

Meine Damen und Herren, das mag sich heutzutage in den Ohren mancher hartherzig anhören. Aber es führt genau zum Kern unserer Aufgaben: nämlich ob wir grundsätzliches Vertrauen in die

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**der 19. Parteitag der CDU Deutschlands in Dortmund war ein grandioser Erfolg.** Ein deutliches Signal für den Regierungswechsel in Berlin ging von der mit ca. 10 000 Menschen überfüllten und feiernden Westfalenhalle in die gesamte Republik hinaus. Die Botschaft vor der Wahl ist eindeutig und unsere Parteivorsitzende Angela Merkel hat es wieder einmal klar und treffend formuliert: „Die Entscheidung für Deutschland liegt auf der Hand: Entweder weiter so mit Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün oder ein neuer Anfang für Deutschland mit der Union.“

Die besorgniserregende Staatsverschuldung, der unsolide Bundeshaushalt, der Rekordstand bei der Arbeitslosigkeit, die mittlerweile unübersehbare Agonie unserer sozialen Sicherungssysteme und das wirtschaftliche Nullwachstum sprechen eine mehr als deutliche Sprache. Während die gescheiterten Bündnispartner von Rot-Grün und die neuen Altsozialisten unserem Volk weiterhin „Brot und Spiele“ für die Zukunft verheißen, sind die tatsächlichen Fakten und Prognosen für Deutschland düsterer denn je.

Doch auch die rot-grüne Gesamtbilanz im gesellschaftspolitischen Bereich und bei wesentlichen ethischen Themen ist alles andere als ein Ruhmesblatt. Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert und kritikwürdig, weil sie in klarem Gegensatz zum oft überhöhten ethisch-politischen Selbstanspruch steht, mit dem führende rot-grüne Politiker sich immer wieder wortgewaltig in den Medien zu inszenieren suchen. Als Christinnen und Christen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) sehen wir es als unsere Verantwortung an, hierüber aufzuklären. **Die desolote gesellschaftspolitische und ethische Bilanz von Rot-Grün** finden Sie in dieser Ausgabe dokumentiert.

Der moralische Tiefstand von Rot-Grün zeigt sich aber ebenfalls in der abstoßenden und despektierlichen Art, mit der sich führende Regierungspolitiker in den letzten Wochen des Wahlkampfes geäußert haben. Statt auf sachpolitische Diskussionen, die dem Ernst der Lage der Nation entsprechen würden, setzte man insbesondere bei der SPD auf niveauloseste Propaganda und schreckte auch nicht vor persönlicher Verunglimpfung zurück: Erst zog Ludwig Stiegler eine verhängnisvolle Parallele zwischen dem CDU-Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und dem menschenverachtenden Nazi-Spruch „Arbeit macht frei“ der ehemaligen Konzentrationslager, dann beleidigte Bundeskanzler Schröder im Gosenjargon führende Unionspolitiker als „Penner

von gestern“ und schließlich verletzte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nicht nur die Würde seines eigenen Amtes, als er davon sprach, dass sich unter einer schwarz-gelben Regierungskoalition Deutschland „ins Unsoziale“ und „Asoziale“ hin verändern würde. – Wer so redet, hat nicht nur gesamtpolitisch, sondern auch moralisch jedes Recht verwirkt, Deutschlands Zukunft aktiv mitzugestalten.



Im Gegensatz dazu steht die Union am 18. September bereit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen und unser Land einer besseren Zukunft entgegen zu führen. Wir stehen tatsächlich vor einer Schicksalswahl. Uns allen muss jetzt klar sein, dass wir nur mit einem klaren und entschiedenen Reformwillen auf allen Ebenen einen Weg aus dieser Krise finden werden. Wir brauchen eine neue Politik aus einem Guss und kein weiteres verantwortungsloses Stückwerk. Darum muss jetzt ein Neuanfang gemacht werden.

Dafür steht das gesamte Regierungsprogramm der Union. Ehrlichkeit ist eines ihrer hervorragenden Merkmale. Diese Ehrlichkeit ist nicht selbstverständlich: Allzu oft sind die Wählerinnen und Wähler von den Parteien und den Politikern enttäuscht worden. Auch hier will die Union einen glaubwürdigen und überzeugenden Neuanfang setzen, denn nur Ehrlichkeit schafft Vertrauen. Solches Vertrauen zu erneuern, ist aber das politische Kapital der Zukunft.

Es gilt jetzt, mit Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin neues Vertrauen in eine förderliche und gute Politik zurück zu gewinnen. Gemeinsam werden wir es schaffen. Mit ihrer Hilfe. Deutschland kann mehr. Unser Land braucht eine tragfähige, gerechte und menschenwürdige Zukunftsperspektive auf der Basis des christlichen Menschenbildes. Dafür steht die Union bereit.

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel MdB  
(Bundvorsitzender des EAK der CDU/CSU)

*„Es gilt jetzt, mit Angela Merkel als neuer Bundeskanzlerin neues Vertrauen in eine förderliche und gute Politik zurück zu gewinnen. Gemeinsam werden wir es schaffen. Mit ihrer Hilfe.“*

Fähigkeiten der Menschen haben oder nicht. Das hat nichts damit zu tun, dass man nicht denen hilft, die Hilfe brauchen, weil sie mit ihrer eigenen Anstrengung nicht so vorankommen, wie das andere schaffen. Andererseits sage ich auch, dass wir von jedem den Beitrag erwarten, den zu leisten er in der Lage ist. Auch das ist eine zutiefst christliche Botschaft, besonders auch für mich als Protestantin.

Die Bibel sagt uns nicht: Fügt euch ein oder seid tatenlos. Die Bibel sagt uns ganz klar: Macht euch die Erde untertan, also tut etwas, geht in das Leben hinaus, denn euer Werk besteht darin, dass ihr euch engagiert. Dass wir Menschen uns einmischen, ist nicht nur ein freiheitlicher Akt, der Wettbewerb als negative Größe hervorruft. Indem wir uns am Markt beteiligen, indem wir beispielsweise ein Produkt anbieten, machen wir vielmehr anderen Menschen ein Angebot, setzen uns gleichzeitig aber auch dem Wettbewerb mit anderen aus. Das heißt: Die Freiheit, die jeder nutzen kann, ist niemals eine Freiheit von etwas, sondern unser Verständnis ist, dass wir eine Freiheit zu etwas haben. Es ist eine Freiheit, sich mit anderen Menschen auf ein Geschehen einzulassen und darin den anderen zu achten wie sich selbst. Das verlangt von uns die Akzeptanz der Würde jedes Menschen. Und es ist eine sehr optimistische Position. Denn jeder hat seine Aufgabe und ist niemals nur Objekt, sondern als handelnder Mensch Subjekt. Das ist unser Bild vom Menschen, nach dem wir unser Leben gestalten wollen.

Als gesellschaftliche Kräfte sind wir dazu aufgefordert, über unser Bild vom Menschen zu sprechen. Was heißt das für uns im 21. Jahrhundert? Wir befinden uns in einer komplizierten Welt. Das ist nicht zu leugnen. Unsere Welt ist deshalb kompliziert, weil plötzlich die Freiheit nicht nur in Westeuropa und in Amerika gesiegt hat, sondern sich die Freiheit über die Welt hinaus ausbreitet. Eigentlich ist das eine sehr erfreuliche Tatsache, denn wir haben unser christliches Menschenbild natürlich nicht für uns gepachtet, sondern unser

christliches Menschenbild sagt auch, dass wir allen Menschen auf dieser Welt wünschen, in Freiheit und in Würde leben zu können. Wenn das immer mehr Menschen können – in China, in Indien, in anderen Teilen der Welt, oft noch sehr bedingt, aber mehr als früher – dann dürfen wir uns nicht anschließend beklagen, dass die Umstände, unter denen wir unseren Wohlstand verteidigen wollen, komplizierter geworden sind. Vielmehr müssen wir uns fragen, wie wir das, was wir können, in diesen Wettbewerb einbringen und für unser Land das Beste daraus machen können. Abschottung wäre die unchristlichste Antwort, die wir finden könnten, um dem Wettbewerb auf der Welt zu begegnen.

An dieser Stelle möchte ich an eine ganz wunderbare Geschichte anknüpfen. Wenn wir uns die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anschauen, dann können wir mit Stolz sagen, dass sie eine Erfolgsgeschichte ist – die Erfolgsgeschichte einer der sozial gerechtesten Ordnungen. Es ist wichtig, dass Politik zunächst einmal sagt: Wir wollen den fairen Wettbewerb mit allen. Ich sage aber als deutsche Politikerin gemeinsam mit meinen Kollegen im Deutschen Bundestag und in den Landtagen: Wir sind in Deutschland gewählt und unser Auftrag ist nicht zuzuschauen, wie andere es besser machen als wir. Unser Auftrag heißt, für Deutschland zu sorgen, dass wir es möglichst gut machen, denn unser Wählerauftrag kommt von den Menschen in unserem Land. Es ist der Auftrag, aktiv zu werden und nicht nur zuzuschauen. In diesem Zusammenhang heißt Globalisierung nichts Anderes, als im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft Wohlstand zu erhalten und weiterzuentwickeln, oftmals unter offeneren und härteren Wettbewerbsbedingungen. Ernsthafterweise können wir nicht um die billigsten Löhne auf der Welt mit wetteifern. Das werden wir nicht schaffen, gar keine Frage, und das wollen wir auch nicht. In diesem Zusammenhang hat unser Bundespräsident einen Satz gesagt, den ich für einen Schlüsselsatz halte.

*Die Bibel sagt uns nicht: Fügt euch ein oder seid tatenlos. Die Bibel sagt uns ganz klar: Macht euch die Erde untertan, also tut etwas, geht in das Leben hinaus, denn euer Werk besteht darin, dass ihr euch engagiert.*



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2004 haben insgesamt 385 Leserinnen und Leser 20.221,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

### **Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**

Wir müssen soviel besser sein, wie wir teurer sind. Wir sind teurer, also müssen wir soviel besser sein, wie wir teurer sind. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es Menschen gibt, die sagen: Das schaffen wir nicht mehr. Das ist eine Meinung, die ich in keiner Weise teile. Wenn wir uns auf diesen Gedankengang einlassen, dann resignieren wir. Dafür gibt es jedoch nicht den geringsten Grund, wenn wir uns nur einmal anschauen, was wir in Deutschland schon geleistet haben. Aber es gibt Gründe zu fragen, ob wir unsere Stärken überhaupt noch zur Geltung kommen lassen oder ob wir uns manchmal nicht selber Fesseln anlegen.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang den Bildungsbereich näher betrachten. Hier stellt sich zunächst die Frage, was wir denn eigentlich den Kindern in unserem Lande mit auf den Weg geben. Da sind mir zwei Dinge wichtig: Wenn Kinder gefestigt mit einem klaren Wertefundament ihr Leben gestalten sollen, dann ist es zum Einen die Aufgabe der Bildung, nicht nur Fakten, sondern auch Werte zu vermitteln. Diese kann man nicht neutral vermitteln, sondern sie müssen aus einer Überzeugung, aus dem Glauben heraus, vermittelt werden. Deshalb treten wir für ein klares Bekenntnis zum Religionsunterricht ein, weil das der Weg ist, Werte und Überzeugungen zu vermitteln. Wer den Religionsunterricht an den Rand verbannt und sagt, dieser könne durch einen neutralen Werteunterricht ersetzt werden, der stellt die Dinge auf den Kopf, so wie es jetzt ja in Berlin geschehen ist. Und da, wo Dinge nicht mehr auf den Füßen stehen, sondern mutwillig auf den Kopf gestellt werden, ist ein klares Wort notwendig.

Ich bin den Kirchen in Berlin und den Kirchen in Deutschland außerordentlich dankbar, dass sie mit einer sehr klaren Haltung an dieser Stelle sagen, dass es sich um eine falsche Weichenstellung handelt, die in die Irre führt. Die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union unterstützen genau diesen Weg der Kirchen. Wir müssen hier auch in eine Diskussion mit der Bevölkerung treten, weil viele gar nicht mehr wissen, warum wir uns für den Religionsunterricht einsetzen. Dann muss es eben erklärt werden, so wie in den Anfangsjahren dieser Bundesrepublik Deutschland. Es gehört zu den Grundweichenstellungen unserer Gesellschaft, ob wir dazu stehen oder ob wir das alles relativieren. Darüber hinaus gibt es einen zweiten Aspekt. In unserem Bildungssystem muss es ein Bekenntnis zur Leistung geben. Ein Bildungssystem muss – dazu verpflichtet uns das christliche Menschenbild – von der Verschiedenheit der Menschen ausgehen: Der eine rechnet gern, der andere schreibt gern, der Dritte turnt

gern und der Vierte kann besser mit den Händen arbeiten. Diese Fähigkeiten zu fördern und zu entwickeln und sich nicht in Beliebigkeiten zu verlieren, ist die dringlichste Aufgabe von Bildung. Stärken fördern, Schwächen ausgleichen: Weil die Menschen unterschiedlich sind, muss das in einem gegliederten Bildungssystem stattfinden. Es ist ein Glücksfall, dass wir die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewonnen haben. Für die Schüler dort ist es ein besonderer Glücksfall. Denn die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte doch tatsächlich am Anfang des 21. Jahrhunderts den Gedanken, in den Klassen fünf bis acht den Naturwissenschaftsunterricht statt der Fächer Biologie, Physik und Chemie einzuführen. Ich denke, dass man den Kindern durchaus möglichst früh sagen kann, dass die Welt recht kompliziert ist. Derjenige, der sich beim Verstehen der Schwerkraft ein bisschen schwer tut, darf nicht als Ausgleich einfach drei Blumennamen auswendig lernen, und dann ist er genauso gut. Diese Illusion kann man bis zur 9. Klasse gut aufrecht erhalten, aber irgendwann kommen alle diese jungen Menschen in die weite Welt hinaus und müssen erkennen, dass woanders auf der Welt hart trainiert und gelernt wird und dass Physik, Chemie und Biologie da schon in der 5. Klasse gelernt werden. Ich sage ganz deutlich – und im Grunde wissen es doch alle – unsere Ausbildungszeiten sind zu lang. Und hätte es die Deutsche Einheit nicht gegeben, würden wir wahrscheinlich heute noch nicht die Diskussion führen, die Abiturprüfung am Ende der 12. Klasse einzuführen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir keine Zeit mehr verlieren. Mich freut, dass die CDU in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Auch dass Bayern mitgezogen ist, freut mich. Ich hoffe, dass wir bald überall das Abitur nach zwölf Schuljahren haben werden.

Weiter geht es dann an den Universitäten: Wir haben ein effizientes duales Berufsausbildungssystem. Aber um das zu erhalten, müssen wir auch viel tun. Karl-Josef Laumann hat uns in den letzten Wochen immer wieder gesagt: Nur noch jeder zweite Jugendliche hat wirklich einen Ausbildungsplatz im dualen System, das heißt eine klassische betriebliche Ausbildung. Jeder zweite Jugendliche kommt inzwischen schon durch staatliche Maßnahmen zu seiner Berufsausbildung. Deshalb ist es so wichtig, dass es gerade denen gut geht, die die Ausbildungsplätze bereitstellen. Das ist der Mittelstand in Deutschland. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der Mittelstand nicht durch immer neue Richtlinien und Vorschriften belastet wird.

Nun zu einem Thema, das schon im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eine Rolle gespielt hat und

*Deshalb treten wir für ein klares Bekenntnis zum Religionsunterricht ein, weil das der Weg ist, Werte und Überzeugungen zu vermitteln. Wer den Religionsunterricht an den Rand verbannt und sagt, dieser könne durch einen neutralen Werteunterricht ersetzt werden, der stellt die Dinge auf den Kopf, so wie es jetzt in Berlin geschehen ist.*

auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen wird. Es ist das Thema Studiengebühren. Ich freue mich sehr, dass der RCDS sich diesem Thema in den letzten Jahren intensiv gewidmet hat. Ich bin der Überzeugung, dass sich unsere Universitäten in Zukunft ihre Studenten selbst aussuchen sollten. Derzeit ist dies bei der Hälfte der Studenten der Fall, die andere Hälfte sollte in einigen Jahren folgen. Ferner geht es um die Frage: Wie wollen wir studieren und wie können wir Leistungsanreize schaffen? Wenn beispielsweise 500 Euro pro Semester an Studiengebühren erhoben werden, müssen die Studenten das auch qualitativ erfahren. Deshalb muss das Geld an der Universität bleiben und für die Verbesserung der Lehre verwendet werden. Ein anderer Teil sollte in Leistungsstipendien fließen, sodass die, die gut lernen, die sich anstrengen, dann auch etwas davon haben.

*Wir müssen so viel besser sein, wie wir teurer sind. Also müssen wir möglichst viele Dinge können, die andere auf der Welt nicht können.*

Meine Damen und Herren, dabei ist wichtig zu beachten: Wenn jemand heute zehn Semester studiert und pro Semester 500 Euro bezahlt, dann sind das insgesamt 5.000 Euro, die als Darlehen zu bekommen sind, das später wieder zurückgezahlt werden kann, wenn der Betroffene einen Beruf hat. Wenn man sich anstrengt, kann durch Leistungsstipendien ein Teil davon sogar erstattet wer-

den. Wer hierzu sagt, das sei das Ende der sozialen Gerechtigkeit, der hat nicht verstanden, wie die Zustände anderswo auf der Welt sind. Ich wünsche mir, wir hätten wieder mehr deutsche Universitäten, die im Ausland so bekannt sind, dass auch ausländische Studenten zu uns zum Studieren kommen möchten. Warum sollen wir eigentlich schlechter sein als die Briten oder die Amerikaner? Deutschland war immer ein Ort der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften und das muss heute wieder ein Markenzeichen von uns werden. Dafür lohnt es sich, sich anzustrengen. Dass man in Deutschland unbeschadet 14, 15, 16 oder gar 17 Semester studieren kann und der Facharbeiter und die Krankenschwester mit ihren Steuern das alles finanzieren, ist ein unhaltbarer Zustand. Ich sagte es, die Ausgangsvoraussetzung war: Wir müssen so viel besser sein, wie wir teurer sind. Also müssen wir möglichst viele Dinge können, die andere auf der Welt nicht können. So haben wir beispielsweise das erste Auto erfunden. Gestern habe ich unweit hier von Heidelberg die Firma SAP besucht. Meine Damen und Herren, in den 40er Jahren hat Konrad Zuse in Deutschland den ersten elektronischen Computer konstruiert. Und was haben wir heute noch von der Wertschöpfung des Computers bei uns im Lande? Wir bauen keine Computer



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 17. 8. 05

## Zum Tode von Frère Roger

**Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, erklärt zum Tode des Taizé-Gründers Frère Roger:**

„Der gewaltsame und schreckliche Tod von Frère Roger hat uns eines der größten geistlichen Vorbilder unserer Zeit beraubt. Mit großer Anteilnahme und tiefer Trauer gedenken wir eines großen Mannes, der als überzeugter und glaubwürdiger Christ über sein eigenes Bekenntnis hinaus wichtige und weit reichende Impulse für den Glauben von Christinnen und Christen auf der ganzen Welt gesetzt hat. Der Geist der Versöhnung, des Friedens, der Solidarität und der Liebe, der durch das Lebenswerk und Zeugnis von Frère Roger von Taizé aus in die gesamte Welt hinausstrahlt, wird auch nach seinem Tode für uns lebendig bleiben.“

Der Gründer der Kommunität von Taizé hat sich sein ganzes Leben lang in beispielhafter Weise für die ökumenische Verständigung der Konfessionen eingesetzt und durch seine gelebte Frömmigkeitspraxis wohl weit mehr Akzente für die Einheit der Kirchen gesetzt als viele der kirchenamtlich theologischen Dialogbemühungen der jüngsten Vergangenheit. Die Teilnahme Frère Rogers an dem Trauergottesdienst für Papst Johannes Paul II. und der Empfang der Eucharistie aus der Hand Kardinal Ratzingers wird gleichermaßen als mahnendes wie hoffnungsvolles Symbol für die Herausforderungen der Ökumene in die Kirchengeschichte eingehen.“

mehr, in fast ganz Europa wird kein Computer mehr gebaut. In Dresden in Sachsen haben wir einen Standort für die Chipproduktion, was aber leider eine große Ausnahmeerscheinung ist. Glücklicherweise gibt es mit SAP einen wirklich großen Softwarehersteller, der weltweit akzeptiert ist. Aber dieser eine Hersteller macht schon 80 Prozent des Exports von Software aus Deutschland aus. Daran kann man sehen, dass dieser eine Hersteller eine fast monopolartige Position einnimmt.

Man muss nur einmal den Blick nach Amerika wenden, um zu sehen, wie viele Arbeitsplätze dort entstanden sind, von Google über Microsoft bis zu den Chipherstellern, den Hardwareherstellern, ich könnte jetzt viele Namen nennen. Hinter all diesen Namen verbirgt sich keine gefährliche Technologie, sondern eine Technologie, die in der Entwicklung der Welt Marken setzt. Wir müssen daran arbeiten, dass wir in möglichst vielen Bereichen wieder an diese Markensetzung herankommen. Bei der Autoherstellung setzen wir zum Beispiel die Marken in der Welt. Wenn wir aber nur ein solches Fachgebiet haben und auf anderen Gebieten andere Nationen immer mehr Marktanteile gewinnen, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass es zum Schluss mit unserem Wohlstand nicht vorangeht.

Deshalb, meine Damen und Herren, besteht dringender Handlungsbedarf. Das gilt für die Diskussion um die Geisteswissenschaftler wie um die der Naturwissenschaftler. Ich halte es für sehr bedauerlich, dass es über Jahrzehnte hinweg leider viel Trennendes gab zwischen Geistes- und Naturwissenschaftlern. Der Naturwissenschaftler muss lernen, dass naturwissenschaftliche Entwicklungen einer geistigen und ethischen Basis bedürfen. Andererseits muss der Geisteswissenschaftler bereit sein, nicht vorrangig das Risiko in einer bestimmten Neuerung zu sehen, sondern in einem ausgewogenen Maße auch die Chance. Nur so können wir wieder eine Mentalität in unserem Lande bekommen, mit der Innovation begrüßt, ersehnt und erarbeitet wird. Diesen Mentalitätswandel brauchen wir, damit wir wieder vorankommen, meine Damen und Herren. Das heißt eben nicht – und das sage ich ausdrücklich, weil darüber dann auch eine Diskussion geführt werden muss –, dass wir diese Erneuerung und Innovationen ohne jede Maßstäbe vorantreiben. Jede technische Entwicklung braucht Maßstäbe. Das betrifft z. B. den Anfang des Lebens und hat mit der Würde des Lebens zu tun. Deshalb ist nicht alles richtig, was möglich ist. Deshalb darf nicht alles gemacht werden, was wir eigentlich könnten, sondern hier heißt es wieder, von den eigenen Wurzeln her Maßstäbe zu setzen. Das gilt zum Beispiel für die embryonale

Stammzellenforschung, das gilt für das Ende des Lebens, für die Frage von Organspenden, für die nach Patientenverfügungen und vielem anderen mehr. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Thomas Rachel, ist wie kaum ein anderer gerade in diese Diskussionen in besonderem Maße eingebunden. Solche Entscheidungen dürfen wir uns nie leicht machen und solche Entscheidungen müssen wir immer aus unserem Verständnis des Menschen heraus fällen. Da gibt es Grenzen, da gibt es Dinge, bei denen wir deutlichen machen, das machen wir nicht mit. Eine solche Diskussion ist dringend notwendig, weil die Menschen sich sonst heimatlos fühlen. So werden Innovation und Halt immer ein Spannungsfeld sein. Aber es darf niemals dahinkommen, dass wir nur noch das, was wir haben, halten und für das Neue nicht offen sind. Vielmehr müssen wir offen sein für Neues und uns der geistigen Spannung aussetzen, was wollen und wie wir etwas wollen. Das, meine Damen und Herren, ist notwendig, um unser Land voranzubringen.

Hier beim Evangelischen Arbeitskreis ist heute nicht der Ort, alle Facetten des Arbeitsrechts, der sozialen Sicherungssysteme oder des Steuerrechts zu beleuchten. Aber wir werden in unserem Wahlprogramm ganz deutlich sagen, dass jede Entscheidung, die wir fällen, eine Entscheidung ist, die sich aus unserem Verständnis des Menschen und aus unseren Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit speist. Die Politik ist auch heute unter anderem so in Verruf geraten, weil es den Anschein hat, als würde sie sich nur punktuell mal hier und mal dort für die Belange der Menschen einsetzen. Deshalb hat es auch keinen Sinn – darauf werde ich im Wahlkampf großen Wert legen – dass wir uns auf Stückwerk einlassen: Hier mal über den Sonntagszuschlag zu debattieren, dort mal über den Feiertagszuschlag, über die Windenergie und dann mal wieder über etwas anderes. Wir müssen uns vielmehr die grundsätzlichen Fragen stellen: Wollen wir wieder ein einfacheres Steuersystem oder glauben wir, dass mit noch mehr Ausnahmeregelungen die Akzeptanz dieses Steuersystems größer wird?

CDU und CSU haben diese Frage beantwortet. Wir glauben, dass die Menschen einem gerechten Staat eher vertrauen, wenn es keine Ausnahmen gibt, dafür aber Transparenz und ein überschaubares Steuersystem. Bei diesem Steuersystem muss jeder, der etwas verdient, am Ende auch Steuern zahlen. Es darf nicht sein, dass der, der besonders viel verdient und besonders viel Ausnahmetatbestände sichtbar machen kann, zum Schluss fast nichts zahlt.

*Wir glauben, dass die Menschen einem gerechten Staat eher vertrauen, wenn es keine Ausnahmen gibt, dafür aber Transparenz und ein überschaubares Steuersystem. Bei diesem Steuersystem muss jeder, der etwas verdient, am Ende auch Steuern zahlen.*

Wir werden auch die Frage zu entscheiden haben, ob es im Sinne von Ludwig Erhard richtig ist, eine Bürgerzwangsversicherung bei der Gesundheit einzuführen. Das heißt, dass auch diejenigen, die selbst für ihre Risiken Sorge tragen können – deren Verdienst oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt, die heute privat versichert oder selbständig sind – auch noch in die kollektiven Sicherungssysteme gezwungen werden. Ist es nicht viel vernünftiger, im internationalen Vergleich die Lohnzusatzkosten von den Arbeitslöhnen zu entkoppeln und damit mehr über die Solidargemeinschaft zu finanzieren? Das heißt zum Beispiel, die Gesundheitskosten für Kinder nicht nur von den gesetzlich Krankenversicherten mit Einkommen bis 3.500 Euro bezahlen zu lassen, sondern für die Gesundheit der Kinder alle heranzuziehen. Diejenigen, die mehr als 3.500 Euro verdienen, stehen dabei aus meiner Sicht noch mehr in der Pflicht als diejenigen, die weniger als 3.500 Euro verdienen.

Wir werden angesichts der Situation, die wir derzeit in Europa haben, auch eine Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union führen müssen. Wir

brauchen Europa als Friedensgemeinschaft. Wir leben heute ganz selbstverständlich in einem friedlichen Europa. Das war nicht immer so. Mit so einem hohen Gut darf man nicht spielen. Dass wir heute zum Beispiel den Euro haben, verdanken wir einer langen Geschichte, deren Anfang bis zur Gründung von CDU und CSU zurückreicht. Es war eine der ganz großen Visionen zu glauben, dass Völker, die die gleiche Währung haben, nie wieder Krieg gegeneinander führen werden. Heute sind wir bereits einen Schritt weiter. Die Europäische Union ist innerhalb der globalisierten Welt ein einheitlicher Wirtschaftsraum, ein Binnenmarkt. Ein solcher großer Wirtschaftsraum mit 440 Millionen Menschen hat natürlich im internationalen Wettbewerb ganz andere Möglichkeiten etwa gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, gegenüber Indien oder gegenüber China. Deutschland mit über 80 Millionen Einwohnern, Frankreich mit 50 Millionen und Polen mit 30 Millionen – kein Land könnte dem Wettbewerbsdruck allein standhalten.

Unerlässlich ist es auch, europäische Interessen in der Außenpolitik und in der Sicherheitspolitik zu

*Ist es nicht viel vernünftiger, im internationalen Vergleich die Lohnzusatzkosten von den Arbeitslöhnen zu entkoppeln und damit mehr über die Solidargemeinschaft zu finanzieren?*



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 22. 8. 05

## Zum Weltjugendtag in Köln

**Zum Ausgang des diesjährigen Weltjugendtages in Köln erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Der Weltjugendtag hat auf beeindruckende Weise deutlich gemacht, wie wichtig und zentral das Sinnangebot des christlichen Glaubens gerade für unsere heutige moderne Gesellschaft ist. Dieses römisch-katholische Großereignis ist darum zugleich auch ein Hoffnungszeichen für die gesamte ökumenische Christenheit. Papst Benedikt XVI. hat in seiner Abschlusspredigt treffend von der Kirche als der großen Familie Gottes gesprochen, durch die er ‚einen Raum der Gemeinschaft und der Einheit quer durch die Kontinente, durch die Kulturen und Nationen legt‘.

Mit dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, muss in diesem Sinne aber auch immer wieder an die gemeinsame Verpflichtung aller christlichen Konfessionen zur Weitergabe des Evangeliums an die nächste Generation erinnert werden. Dazu gehört, wie der Ratsvorsitzende bei seinem Treffen mit dem Papst betont hat, zum einen, die Aufforderung unseres Herrn zur Einheit (Joh 17,21) auch weiterhin in ihrer ungeschmälernten Gültigkeit zu erkennen, und zum anderen, die Fähigkeit in wichtigen gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen unserer heutigen Zeit auf der Basis der grundlegenden theologischen Übereinstimmungen gemeinsam zu sprechen.

Angesichts der noch zahlreichen deutlichen Unterschiede und Gegensätze zwischen den christlichen Konfessionen ist daher zu hoffen, dass insbesondere auch der vertiefte Dialog zwischen Protestanten und Katholiken von Papst Benedikt XVI. sehr bald wieder den ihm gebührenden Stellenwert erhält.“



bündeln und gemeinsame Anliegen festzulegen. Erst kürzlich ist eine Vereinbarung mit China getroffen worden, die Textiltransporte bis zum Jahr 2008 zu kontingentieren, damit sich unsere Industrie auf den neuen Wettbewerb einstellen kann. Darüber könnten wir ohne die Europäische Union gar nicht selbständig verhandeln, dazu wäre Deutschland alleine nicht in der Lage. Aber, meine Damen und Herren, deshalb darf Europa sich nicht um alles und jeden kümmern. Die Frage nach den Kompetenzen der einzelnen Ebene, die wir in Deutschland stellen – also was die Kommune, was das Land und was die Bundesregierung leisten müssen –, muss auch in Europa gestellt werden. Welche Aufgaben gehören nach Europa und welche nicht? Zahlreiche Menschen haben zurzeit den Eindruck, dass viele Aufgaben von Europa wahrgenommen werden, die eigentlich gar nicht dorthin gehören. Und ich verstehe die Menschen. Ich bin der Überzeugung, dass zum Beispiel die Frage, wie viele Sonnenschirme in welchem Biergarten stehen müssen, keine Regelung ist, die von der EU getroffen werden muss. Dazu gibt es aber leider eine Richtlinie, die eher jemand im Süden Europas erfunden haben muss. Weil dort so oft die Sonne scheint und die Kellner keine Sonnenbrände bekommen sollen, wird sich jemand gedacht haben, dass man eine bestimmte Anzahl an Sonnenschirmen benötigt, um dies zu verhindern. Wenn Sie nun aber im Norden leben, zum Beispiel bei mir im Wahlkreis auf Rügen, wo die Sonne nur zehnmal im Jahr so intensiv scheint, dass man einen Sonnenschirm benötigt, dann ist eine solche Richtlinie überflüssig.

Meine Damen und Herren, hier in Heidelberg, im schönen Badischen, verhält es sich vielleicht wieder anders. Hier scheint die Sonne öfter. Aber Sie können die Gründung eines Biergartens leider schon damit verhindern, dass Sie den Kauf von so vielen Sonnenschirmen fordern, dass der Unternehmensgründer für die dafür erforderliche Summe keinen Kredit bekommt. Deshalb muss das subsidiär geregelt werden und nicht einheitlich in Europa von Irland bis Spanien.

Ohne Zweifel ist die gemeinsame Währung, so wie wir sie in Europa haben, eine gute Sache. Wir dürfen aber genau deshalb nicht zulassen, dass die Glaubwürdigkeit dieser gemeinsamen Währung unterminiert wird. Wir dürfen auch nicht am Stabilitätspakt rütteln, nur weil ein Land seinen Haushalt nicht in Ordnung gebracht hat, weil Geld vergedet und Wachstum nicht gefördert wird.

Meine Damen und Herren, in einem gemeinsamen Markt muss auch die Kraft aufgebracht werden,

die Grenzen dieses Marktes zu benennen. Es ist ganz einfach: Länder, die aufgenommen werden wollen, müssen die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Wir werden sehr genau hinsehen, ob Bulgarien und Rumänien diese Kriterien erfüllen oder nicht. Wir haben gleichzeitig immer darauf hingewiesen, dass es neben der Beitrittsfähigkeit eines Landes auch um das Kopenhagener Kriterium der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union geht. Das gilt auch mit Blick auf die Türkei. Vor diesem Hintergrund ist unser Angebot der privilegierten Partnerschaft statt Vollmitgliedschaft zu sehen. Ich bin der Überzeugung, das ist richtig.

Europa wird die Menschen nur überzeugen, wenn sie den Eindruck haben, dass wir aus gleichen Wertgrundlagen heraus agieren. Deshalb haben wir uns bei den Verhandlungen über den Verfassungsvertrag auch sehr dafür eingesetzt, deutlich zu machen, aus welchen Quellen heraus sich unser politisches Handeln speist – und damit bin ich wieder bei der Ausgangsfrage unserer Debatte hier. Natürlich hätten wir uns an dieser Stelle genau das gewünscht, was auch bei uns im Grundgesetz steht: „aus Verantwortung vor den Menschen“ und „aus Verantwortung vor Gott“. Aus unserem christlichen Erbe heraus gestalten wir in Europa Politik, und wer sich nicht dazu bekennt, dass Europa von den christlichen Wurzeln stark – nicht ausschließlich –, aber stark geprägt ist, der beschneidet doch unnötig seine eigenen Wurzeln. Deshalb denken wir, auch um den Menschen außerhalb Europas zu erklären, was uns zusammenhält, dass es eben nicht reicht, nur einen Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung zu haben. Es ist vielmehr notwendig zu bekennen: Unser Kontinent ist ganz wesentlich von christlichen Wurzeln geprägt.

Vorhin habe ich über den Religionsunterricht gesprochen. Dasselbe gilt auch für die Familie. Die Familie ist die Grundeinheit unserer Gesellschaft, denn keiner kann besser und intensiver Werte vermitteln als die Familie. Deshalb ist es auf der einen Seite zwar die Aufgabe des Staates, die Erziehungskraft der Familien zu stärken, auf der anderen Seite aber niemals, die Erziehungskraft der Familie zu ersetzen. Das ist ein wichtiger Unterschied, den wir benennen müssen. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Familien ihre Aufgabe auch leben können. Es ist nämlich heute oft gar nicht so einfach, Kinder zu erziehen. Es ist nicht einfach, Werte, Maßstäbe und Grenzen zu setzen. Dazu muss die Erziehungskraft der Familie wieder gestärkt werden, ohne dass der Staat versuchen sollte, die Familie zu ersetzen.

*Unser Kontinent ist ganz wesentlich von christlichen Wurzeln geprägt.*

Ob wir über Familien sprechen, über Bildung, über Kommunalpolitik oder ob wir über notwendige Reformen sprechen: Immer werden wir auf der Basis unseres Verständnisses vom Menschen heraus zu entscheiden haben, aus unseren Werten und aus unseren Maßstäben. Dabei ist es keineswegs so, dass die Globalisierung eine fremde, gleichsam außerirdische Macht ist, die uns jeden politischen Gestaltungsspielraum raubt. Schauen Sie sich nur die Pisa-Studie an. Nach zehn Jahren Deutscher Einheit lagen Sachsen und Thüringen auf den Plätzen drei und vier, Brandenburg lag auf dem 15. Platz. Brandenburg ist damals von Nordrhein-Westfalen beraten worden, Sachsen und Thüringen sind eigene Wege gegangen beziehungsweise haben Rat aus Bayern und Baden-Württemberg erhalten. Bis zum Jahr 1989 hatten alle das gleiche Schulsystem, die gleiche sozialistische Polytech-

nische Oberschule. Und der Brandenburger ist selbstverständlich – ich bin ja dort aufgewachsen – nicht dümmer als der Sachse, was zwar nicht alle Sachsen glauben, aber wovon alle Brandenburger zu Recht – überzeugt sind. Meine Damen und Herren, weil das so ist, hatten wir 1989 die gleiche Ausgangsbasis, und zwölf Jahre später hat der Sachse so viel mehr Punkte bei der Pisa-Studie, dass der Brandenburger noch nach dem 13. Schuljahr ein ganzes Jahr in der Schule verbringen müsste, um die gleiche Punktzahl zu bekommen.

Und jetzt soll noch einer sagen, Politik kann nichts gestalten. Sie kann etwas gestalten. Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser, und deshalb muss die Union auch im Bund wieder regieren! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser, und deshalb muss die Union auch im Bund wieder regieren!*



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 31. 8. 05

## Göring-Eckardt verbreitet Unwahrheiten über biopolitischen Kurs der Union

**Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages, Thomas Rachel MdB, dementiert die Falschbehauptung der Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt im Interview mit dem Rheinischen Merkur vom 25. 8. 05:**

„Frau Göring-Eckardts jüngste Behauptung, die CDU vollzöge in der Biopolitik einen ‚Schwenk‘, indem sie angeblich das ‚Klonen unter dem Gesichtspunkt der Forschungsverwertbarkeit‘ betrachte, entbehrt jeder Grundlage und ist eine vorsätzliche und durchsichtige Diffamierung. Es ist empörend, dass die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/die Grünen in der heißen Wahlkampfzeit jegliches Gefühl für Fairness und Wahrhaftigkeit vermissen lässt und wider besseres Wissen nicht davor zurückschreckt, klare Unwahrheiten in die Welt zu setzen.“

Tatsache ist doch, dass es in Göring-Eckardts eigener grüner Partei neuerdings Stimmen gibt, die eine Lockerung der Positionen in der Biopolitik fordern. Dafür spricht auch, dass die Bundestagsabgeordnete Christa Nickels, die bislang für einen klaren bioethischen Kurs stand, von den NRW-Grünen nicht mehr für den Bundestag aufgestellt worden ist. Tatsache ist außerdem, dass die Grünen zusammen mit der SPD als Bundesregierung im Herbst 2003 den klaren Auftrag des Bundestages missachtet haben, sich für ein weltweites Klonverbot, wie es die Union fordert, einzusetzen. Die entsprechende UN-Konvention scheiterte an der Stimme der rot-grünen Bundesregierung.

Frau Göring-Eckardt sollte statt zu diffamieren zur Kenntnis nehmen, dass die Union im Gegensatz zu ihrer eigenen Partei gerade im christlichen Menschenbild eine tragfähige und überzeugende ethische Grundlage für verantwortliche Politik sieht und sich – im Gegensatz zu Rot-Grün – für ein weltweites Verbot sowohl des reproduktiven als auch des sog. „therapeutischen“ Klonens stark macht.“

# Bilanz von Rot-Grün in gesellschafts-politischer und ethischer Perspektive

## Menschenrechte

*„Wir messen der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten zentrale Bedeutung zu.“*

Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. 10. 2002

*„Ich war und bin der Überzeugung, dass das Embargo entbehrlich ist.“*

Rede von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 14. 4. 2005 zum Waffenembargo gegen China

**Fakt ist:** 1998 trat die rot-grüne Bundesregierung mit dem Vorhaben an, Rüstungsexporte grundsätzlich zu beschränken. Bereits im darauf folgenden Jahr kam es jedoch zur Lieferung eines Testpanzers des Typs Leopard II an die Türkei, was zu einer schweren Koalitionskrise führte. Ohne Zweifel hat sich die Menschenrechtssituation in der Türkei in den letzten Jahren verbessert, doch ebenso sehr steht außer Frage, dass es nach wie vor Kritikpunkte gibt. So existiert beispielsweise die verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit nur auf dem Papier. Christliche Kirchen, aber auch Muslime, die nicht der Religionsgemeinschaft der Sunniten angehören, sind häufig staatlichen Repressalien ausgesetzt. Auch das Beispiel der Folter zeigt die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit: So berichtet die Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ in den letzten Jahren wiederholt von Misshandlungen von Opfern in Haft. Vor diesem Hintergrund ist es umso unverständlicher, dass die Bundesregierung einen unumschränkten EU-Beitritt der Türkei befürwortet, ohne gleichzeitig die de facto bestehenden Menschenrechtsverletzungen offen anzuprangern.

Auch der Fall China entlarvt die Bundesregierung: Während Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement auf Drängen der chinesischen Botschaft ein Treffen mit seinem taiwanesischen Amtskollegen absagte, sprach sich Bundeskanzler Gerhard Schröder offen für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China aus. Gegner des Embargos verweisen auf die verbesserte Menschenrechtssituation, die sich im Verlauf der letzten Jahre in China eingestellt habe.

Diese Beobachtung ist zweifelsohne richtig. Dennoch berichtet „amnesty international“ im Jahresbericht 2005, dass in China nach wie vor „schwere und massive Menschenrechtsverletzungen“ begangen werden. Auf dem von dem internationalen und überkonfessionellen Missions- und Hilfswerk „Open Doors“ veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2005, auf dem Länder mit der stärksten Christenverfolgung verzeichnet werden, hat sich China auf Platz 9 verschlechtert. Gänzlich unverständlich ist es zudem, das Waffenembargo aufheben zu wollen, wenn der chinesische Volkskongress im März 2005 ein Gesetz beschließt, das Taiwan mit Waffengewalt droht, für den Fall, dass sich das Land als unabhängig erklären sollte.

Auch die Freundschaft zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Duzfreund Vladimir Putin erweist sich im Kontext der Menschenrechtsfrage als problematisch. Wenn Schröder seinen russischen Freund als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet, scheint er zumindest nicht die Menschenrechtssituation in Russland und ebenso wenig das russische Vorgehen im Tschetschenienkonflikt im Blick zu haben. Nach wie vor gibt es in Russland schwere Menschenrechtsverletzungen. „Amnesty international“ teilt im Jahresbericht 2005 mit, dass es im Kontext des Tschetschenienkonflikts zu Menschenrechtsverletzungen „im Zuge gezielter Razzien der russischen Truppen und tschetschenischer Sicherheitskräfte“ gekommen sei. In den meisten Fällen würden es die russischen und tschetschenischen Behörden unterlassen, Vorwürfe über Menschenrechtsverstöße an der Zivilbevölkerung ohne Verzug zum Gegenstand unabhängiger und gründlicher Untersuchungen zu machen. Journalisten würden von staatlicher als auch nichtstaatlicher Seite drangsaliert und verfolgt werden. Stimmen innerhalb der Bundesregierung, die diese Missstände gegenüber der Regierung in Moskau offen kritisieren, sind kaum zu vernehmen.

Auch auf UN-Ebene hat die Bundesregierung in Sachen Menschenrechte versagt: Weder hat sie einen deutschen Vertreter für die Wiederwahl in den UN-Menschenrechtsausschuss vorgeschlagen noch hat sie in der UN-Menschenrechtskommission in den letzten Jahren die

Möglichkeit voll genutzt, gezielte Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, so zum Beispiel im Fall China.

### **Dafür steht die Union:**

- Für die Aufrechterhaltung des Waffenembargos gegen China
- Für eine privilegierte EU-Partnerschaft mit der Türkei und gegen eine Vollmitgliedschaft
- Für eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik, die sich auch in außenpolitischer Hinsicht getraut, bei Menschenrechtsverletzungen klar und deutlich Farbe zu bekennen

## Stammzellforschung

*„Ich bin überzeugt, dass wir uns, besonders im Licht neuer Erkenntnisse, der Tendenz zu einer Liberalisierung der Forschung mit embryonalen Stammzellen nicht werden entziehen können, jedenfalls nicht auf Dauer.“*

Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. 6. 2005 anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen

**Fakt ist:** Die Passagen aus dem Redemanuskript Schröders offenbaren nicht nur einen irri- gen Begriff von Forschungsfreiheit, sondern auch eine verhängnisvolle Unbekümmertheit beim elementaren Schutz der Menschenwürde. Die Art, mit der Schröder dem von der Mehrheit des Deutschen Parlamentes geteilten hohen ethischen Standard des Stammzellgesetzes eine vermeintliche „Kultur der Freiheit“ entgegensetzt, ist empörend und setzt sich klar über den partei- übergreifenden Mehrheitsentscheid des Deut- schen Parlamentes hinweg. Durch das Ende Juni 2002 in Kraft getretene Stammzellgesetz wird in Deutschland nämlich die Herstellung embryona- ler Stammzellen durch einen Verbrauch von Em- bryonen ausdrücklich verboten. Für den Import von bereits existierenden Stammzellen aus dem Ausland für etwaige Forschungszwecke wurden demzufolge hohe und äußerst strenge Auflagen erteilt. Verwendet werden dürfen unter diesen Voraussetzungen nur Stammzellen aus Zellkultu- ren, die vor dem 1. Januar 2002 bereits existiert haben.

### **Dafür steht die Union:**

- Für die Einhaltung der strengen Bestimmun- gen des deutschen Embryonen- und Stamm- zellgesetzes und damit verbunden für eine Ablehnung der verbrauchenden embryonalen Stammzellforschung

## Klonen

*„Ich erinnere an die Debatten zum thera- peutischen Klonen im Deutschen Bundes- tag, wo ich quer durch alle Fraktionen des Deutschen Bundestages – ich sage das mit allem Respekt – ein Maß an Zurückhaltung erlebt habe, das ich jedenfalls nicht für rich- tig halten konnte. Ich will das nur so sagen.“*

Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder  
am 17. 3. 2005

**Fakt ist:** Im Herbst 2003 missachtete die Bundesregierung den klaren Auftrag, den ihr der Bundestag erteilt hatte, und verspielte damit die große Chance, ein weltweites Klonverbot durch- zusetzen. Eine entsprechende UN-Konvention scheiterte an der Stimme Deutschlands.

Die jetzige Bundesregierung hat immer wieder erfolglos versucht, die in Deutschland herrschen- de feste Ablehnung des Forschungsklonens auf- zuweichen. Das bioethische Beratungsgremium des Bundeskanzlers, der Nationale Ethikrat, fand eine taktische Sprachregelung, die das Verbot als zeitlich begrenzt darstellt und die Türen für eine Änderung öffnen will: Das Forschungsklonen soll „gegenwärtig“ nicht zugelassen werden. Dies ig- noriert, dass die Menschenwürde des Embryos nicht nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern stets und immer zu achten ist.

Im November 2004 fasste der Rechtsausschuss der Vereinten Nationen einen Beschluss zum internationalen Klonverbot, der jedoch aus Uni- onssicht nicht befriedigend ausfällt. Der Be- schluss sieht keine Konvention vor, die das Klo- nen rechtswirksam verbietet. Der Rechtsaus- schuss hat sich dem italienischen Vorschlag an- geschlossen und sich für eine Deklaration ent- schieden, welche die UN-Mitgliedsstaaten auf- fordert, im Wege nationaler Gesetzgebung die Erzeugung menschlichen Lebens durch Klonen zu ahnden. Eine Deklaration ist jedoch im Gegen- satz zu einer Konvention für die unterzeichnen- den Staaten nicht verbindlich.

*„Wer sozialen Fortschritt will, muss sich auch mal an Grenzen wagen.“*

Der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering in einem Interview im Rheinischen Merkur Nr. 14, vom 7. 4. 2005 zum so genannten Forschungsklonen

**Fakt ist:** Franz Münteferings Befürwortung des Forschungsklonens in Deutschland stellt ei- nen eklatanten Tabubruch der SPD-Spitze dar.

Dass damit ethische Grenzen angetastet werden, die das Wertesystem unseres Landes wesentlich bestimmen, scheint den SPD-Vorsitzenden nicht weiter zu interessieren. Missachtet wird hier schlichtweg, dass in Deutschland das Forschungsklonen aus guten Gründen gesetzlich verboten ist. Bereits im Mai 2001 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft erklärt, dass „sowohl das reproduktive als auch das therapeutische Klonen über Kerntransplantation in die entkernte Eizelle weder naturwissenschaftlich zu begründen noch ethisch zu verantworten sind und daher nicht statthaft sein können.“

### **Dafür steht die Union:**

Die Unionsparteien sehen im christlichen Verständnis vom Menschen eine auch im 21. Jahrhundert tragfähige und überzeugende ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Aus diesem Verständnis heraus sind sowohl reproduktives Klonen als auch Forschungsklonen (oft „therapeutisches Klonen“ genannt) ethisch nicht vertretbar. Die Union setzt sich vor diesem Hintergrund für ein weltweites Klonverbot ein.

## Spätabtreibungen

*„Die CDU/CSU geht davon aus, dass Abtreibungen aufgrund einer medizinischen Indikation allein wegen eventueller Behinderung des Embryos erfolgen würden, und fordert darum eine Klarstellung des Gesetzes. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, es gibt nichts klarzustellen.“*

Irmingard Schewe-Gerigk MdB  
(Bündnis 90/Die Grünen)

**Fakt ist:** Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sieht im Gegensatz zu Rot-Grün beim Thema Spätabtreibungen sehr wohl einen Handlungsbedarf. In einer Stellungnahme des Bevollmächtigten des Rates der EKD in Berlin, Prälat Dr. Stephan Reimers vom 08. Februar 2005 heißt es in klarem Gegensatz zur oben zitierten, grünen Position Schewe-Gerigks: „Die Aufnahme der embryopathischen Indikation in die medizinische Indikation hat verbreitet den Irrtum hervorgerufen, die Behinderung/Krankheit eines ungeborenen Kindes stelle einen Fall der medizinischen Indikation dar.“

Im November 2004 brachte die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur Vermeidung von Spätabtreibun-

gen im Deutschen Bundestag ein, der allerdings durch die Mehrheit von Rot-Grün abgelehnt wurde.

Nach der bestehenden Regelung zum Schwangerschaftsabbruch ist es faktisch möglich, im Falle einer Behinderung des Kindes eine Abtreibung bis kurz vor der Geburt durchzuführen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kam es im Jahre 2003 in 217 der gemeldeten Fälle zu einem Schwangerschaftsabbruch nach der 23. Woche, wobei mit einer höheren Dunkelziffer zu rechnen ist. Diese Schwangerschaftsabbrüche sind aus Unionssicht besonders bedrückend, weil sie zu einem Zeitpunkt erfolgen, wo die Kinder bereits lebensfähig sind, die Paare betreffen, die sich sehnlichst ein Kind wünschen, und es auch grundsätzlich um den Umgang mit behindertem Leben geht. Die Union sieht hier

aufgrund der vom Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 ausdrücklich auferlegten Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht zum § 218 einen besonderen Handlungsbedarf.

Da in diesen Fällen – im Gegensatz etwa zu Abtreibungen in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen – keinerlei Beratungspflicht bzw. psycho-soziale Betreuung stattfindet, obwohl in vielen Fällen das Kind auch außerhalb des Mutterleibes als lebensfähig zu erachten ist, hat die CDU/CSU-Fraktion hier eindeutige Korrekturen in Bezug auf diesen Missstand gefordert: Dazu gehören unter anderem im Zuge der pränatalen Diagnostik eine umfassende fachliche Beratung inklusive der Kostenübernahme durch die Krankenkassen sowie – in Fällen, wo das Leben der werdenden Mutter nicht akut gefährdet ist – eine Bedenkzeit von drei Tagen. Die Union wollte mit ihrem Antrag vor allem einen Beitrag zum Schutze des Lebens von Kindern, zur Achtung und Erhaltung der Würde Behinderter und zur Hilfe für Eltern in verzweifelten Situationen leisten. Durch die Mehrheit von Rot-Grün wurde dieser Antrag im Deutschen Bundestag abgelehnt.

### **Dafür steht die Union:**

Die Union tritt für ein Ja zum ungeborenen Leben ein, auch und gerade in Schwangerschaftskonflikten. Die Union setzt sich dafür ein, die alarmierend hohe Zahl der Spätabtreibungen zukünftig zu senken und die Beratungsmöglichkeiten für Frauen in Notlagen zu verbessern. Wir Christdemokraten plädieren deshalb dafür, dass ein

verpflichtendes ärztliches und psycho-soziales Beratungsgespräch sowie eine anschließende Bedenkzeit von drei Tagen unbedingte Voraussetzungen für einen späten Schwangerschaftsabbruch werden. Die jetzige gesetzliche Regelung sieht dies bei Spätabtreibungen im Gegensatz zur Beratungsregelung in den ersten 12 Schwangerschaftswochen bisher nicht vor. Diese Regelungslücke ignoriert die Tatsache, dass die Schutzbedürftigkeit von Mutter und Kind mit fortschreitender Schwangerschaft zunimmt und sich die mögliche Konfliktsituation verschärft.

## Der Traum von Multi-Kulti

*„Integrationspolitik muss doch den Islam als gleichberechtigte Religion anerkennen und zum Ziel haben, den Islam quasi bei uns einzubürgern. (...) Multikulturalität ist nicht nur Realität, sie stellt für uns auch ein starkes Ideal dar (...)“*

Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, im Deutschen Bundestag am 2. 12. 2004

**Fakt ist:** Multi-Kulti ist gescheitert. Vor dem Hintergrund zunehmender Probleme in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil und der Bedrohung durch den politischen Islamismus, der sich auch Deutschland ausgesetzt sieht, distanzieren sich auch zunehmend Politiker aus dem rot-grünen Lager von der Multi-Kulti-Ideologie: Selbst ein Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) wendet sich mittlerweile schon gegen „eine verniedlichende Sicht von Multi-Kulti“ (FAZ, 20. 11. 2004). Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, meint: „Kuschelig war gestern.“ (SpiegelOnline, 23. 11. 2004). Nicht vergessen werden darf hierbei aber: Der Traum von der so genannten multikulturellen Gesellschaft ist nicht zuletzt an der jahrelang verfehlten rot-grünen Gesellschaftspolitik selbst gescheitert. Die doppelte Staatsangehörigkeit und die ursprüngliche Zuwanderungsregelung seien hier als nur zwei Beispiele dafür genannt. Auch mit dem Visa-Erlass vom 3. März 2000 erwies Außenminister Fischer unserem Land einen sicherheitspolitischen Bärendienst. Für die von rot-grün erwünschte „kulturelle Vielfalt“ in unserem Land nahm er bewusst das Risiko von vermehrter Schleuserkriminalität und Menschenhandel in Kauf. Beim „Visa-Skandal“ zeigt sich daher in beispielhafter Weise die Penetranz rot-grüner Multi-Kulti-Ideologie.

### **Dafür steht die Union:**

Nach dem Prinzip von „fördern und fordern“ setzt sich die Union für folgende Integrationsmaßnahmen für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen ein:

- Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt muss erstens auf Mangelberufe und zweitens auf jene Ausländer begrenzt werden, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.
- Das Erlernen der deutschen Sprache ist Voraussetzung für Integration und Schlüssel zur Bildung. Deshalb wird die Union das Kindernachzugsalter senken.
- Die Union wird die Teilnahme an Integrationskursen von Ausländern konsequent einfordern und hierfür nötigenfalls rechtliche Instrumente nutzen.
- Nachziehende Ehegatten sollen vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben.
- Freiheit und Sicherheit sind Grundlagen einer humanen Gesellschaft. Die Union wird die Menschenrechte in Deutschland lebender Mädchen und Frauen aktiv fördern und schützen, deren Familien aus dem islamischen Kulturkreis zugewandert sind. Die Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand.

## Ehe und Familie

*„Wir fördern Familien“*

SPD-Anzeige in der „Welt“ vom 31. 5. 2002

**Fakt ist:** Der aktuelle zweite Armuts- und Reichtumsbericht ist zugleich ein Armutszeugnis der verfehlten Familienpolitik der derzeitigen Regierung, da das höchste Armutsrisiko insbesondere Familien mit Kindern trifft. Eine Million Kinder leben derzeit in der Sozialhilfe. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal erster Güte.

Rot-Grün hat auch hier im Grunde nur leere Versprechungen gemacht. Die Erhöhung des Kindergeldes um 40 Euro – erst auf Druck des Bundesverfassungsgerichtes überhaupt veranlasst – wird durch Ökosteuern und gestiegene Sozialabgaben sofort wieder aufgefrisst. Ab dem dritten Kind wurde das Kindergeld nicht erhöht, Familien mit vielen Kindern werden im Regen stehen gelassen.

Für den Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren verspricht die Regierung den Kom-

munen 1,5 Mrd. Euro jährlich ab 2005. Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Tagesbetreuungs- und Ausbaugesetzes ist für viele Kommunen nicht absehbar, ob die angekündigten 1,5 Mrd. tatsächlich zur Verfügung stehen. 4 Mrd. Euro für den Ausbau von Ganztagschulen hört sich ebenfalls gut an, diese Summe reicht aber lediglich für ein Schulbau-Programm. Was Rot-Grün bewusst verschweigt und verschleiert: Auf den Personal- und Sachkosten bleiben Länder und Kommunen sitzen. Das ist aber der Bärenanteil.

Sogar der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende, den die CDU 1986 eingeführt hatte, wurde von Schröder zunächst ganz abgeschafft. Der völlige Wegfall des Freibetrages wurde von der Union verhindert. Er ist durch Rot-Grün ab 2004 um die Hälfte gekürzt worden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat den Stellenwert von Ehe und Familie zunehmend relativiert. Immer weniger Menschen verwirklichen ihren bestehenden Kinderwunsch. Deutschland liegt bei der Geburtenrate in Europa am unteren Ende. Man plädiert für die Abschaffung des „Ehegattensplittings“, das erwiesenermaßen zum überwiegenden Teil Eheleuten mit Kindern zugute kommt, und kämpft stattdessen intensiv für die völlige Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit dem grundgesetzlich geschützten Institut der Ehe. Damit sucht Rot-Grün die Ehe im traditionellen Sinn weiter auszuhöhlen und zu relativieren.

Des Weiteren wird das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare gefordert. Der von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries vorgelegte Gesetzentwurf „zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsgesetzes“ ist abzulehnen, weil er die von der Verfassung geschützte Ehe in ihrer tragenden Funktion für die Gesellschaft relativiert. Wie Äußerungen von rot-grünen Politikern zeigen, betrachtet die Koalitionsfraktion das Gesetz nur als einen Schritt zu der letztlich angestrebten Gleichstellung von Homosexuellen im Adoptionsrecht. Damit soll es zur Legitimierung weiterer rechtlicher und vor allem finanzieller Gleichstellungsansprüche dienen. Das zu fordernde Abstandsgebot zu Art. 6 des GG gerät dadurch unweigerlich zur bloßen Farce.

### **Dafür steht die Union:**

Dem halten wir entgegen, dass das Kind Vater und Mutter als Eltern braucht. Für ein möglichst

natürliches Kindesverhältnis ist es wichtig, dass es mit den Eltern sowohl eine Frau als auch einen Mann als engste Vertrauens- und Bezugspersonen hat. Ehe und Familie sollen weiterhin Leitbild unserer Gesellschaft bleiben. Sie bieten die beste Grundlage für Kinder, in einer umsorgten Umgebung aufzuwachsen und von Vater und Mutter für den eigenen Lebensweg zu lernen. Bei der Adoption muss das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen, nicht der Wunsch auf Selbstverwirklichung einzelner Erwachsener. Artikel 6 des Grundgesetzes schützt ganz bewusst Ehe und Familien und legitimiert insofern die besondere rechtliche und finanzielle Behandlung durch den Staat. Dies steht einer völligen Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften entgegen. Die Union erblickt in der Ehe das Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau und in der Familie als der wesentlichen Keimzelle der Gesellschaft die wichtigste Form des Zusammenlebens. Die Förderung wirklicher Generationengerechtigkeit muss sich aber nicht nur in Einzelaspekten, sondern in einem schlüssigen Gesamtkonzept erweisen. Dieses Konzept liegt nun in Form des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU als klare Alternative zur diesbezüglich desolaten Politik der rot-grünen Bundesregierung vor.

## Gottesbezug in der Verfassung

*„Sollten viele Menschen mit dem Gottesbezug ein Problem bekommen, wäre es überlegenswert, die Präambel zu ändern.“*

Christine Scheel MdB, Bündnis 90/Die Grünen

*„Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde.“*

Eckhardt Barthel MdB, SPD

**Fakt ist:** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag für einen klaren Gottesbezug in der Europäischen Verfassung verabschiedet. Mit diesem Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, in der EU-Regierungskonferenz durchzusetzen, dass „die Verantwortung der Menschen vor Gott“ an den Anfang der Präambel der neuen EU-Verfassung gesetzt wird.

Der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland liegt

als Erfahrung zu Grunde, dass keine Verfassung ohne die ausdrückliche Bindung an ein dem Menschen Unverfügbares vor willkürlicher Interpretation sicher ist. Die Union unterstützt damit gleichzeitig die Bemühungen der christlichen Kirchen in Europa, die einen solchen Gottesbezug ebenfalls fordern.

Mit der Berufung auf Gott verbindet sich nicht ein christlicher oder gar kirchlicher Monopolspruch, sondern hier soll in elementarer Weise der Transzendenzbezug des gesamten menschlichen Lebens im Sinne seiner unveräußerlichen Würde geschützt und bewahrt werden. Gleichzeitig wird daran erinnert, dass auch die politische Gestaltung des vereinten Europas der unverzichtbaren religiösen Wertebindung bedarf, ohne die sein gesamtes kulturelles, humanistisches und geistiges Erbe weder denkbar wäre noch lebendig bliebe.

Bei der gegenwärtigen Diskussion um die EU-Verfassung reicht es nicht aus, die Beteiligungsrechte religiöser Gruppen und Konfessionen zu sichern. Es geht vor allem um das Bemühen, innerhalb der Gesellschaften Europas das Wissen um die Unverfügbarkeit des Menschen in seiner ihm eigenen Würde lebendig zu erhalten und das Bewusstsein der wechselseitigen Verantwortlichkeit der Menschen füreinander zu bewahren.

### **Dafür steht die Union:**

■ Für den verfassungsmäßigen „Gottesbezug“ sowohl auf nationaler Ebene als auch bei der politischen Gestaltung des vereinten Europa. Die Union sieht sich in der Verantwortung vor Gott und den Menschen und bekennt sich auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zum Transzendenzbezug des gesamten menschlichen Lebens im Sinne seiner unveräußerlichen Würde. Die Union ist sich damit der Tatsache bewusst, dass auch und gerade die Politik der religiösen Wertebindung bedarf, weil ohne sie das gesamte kulturelle, humanistische und geistige Erbe Deutschlands und Europas weder denkbar wäre noch lebendig bliebe. Indem sich die Union in der besonderen Weise auf der Basis des christlichen Verständnisses vom Menschen zu den christlichen Werten bekennt, ist sie gleichwohl offen für alle Menschen, die sich mit diesen Werten und Zielen politisch identifizieren können, unabhängig von deren jeweiliger Konfession, Weltanschauung oder Religion.

## Sonntags- bzw. Feiertagsschutz

*„Ich befürworte einen gesetzlichen Feiertag etwa zum Ende des Fastenmonats Ramadan.“ Dafür könne man einen der vielen christlichen Feiertage streichen.*

Fraktionsvize der Grünen, Hans-Christian Ströbele,  
DIE WELT, 16. 11. 2004

**Fakt ist:** Mit dieser Äußerung zeigte sich in den grünen Reihen in unverhohlener Weise eine Gleichgültigkeit gegenüber den christlich-abendländischen Werten und Traditionen in unserem Land. Die Art, wie Hans-Christian Ströbele für die Streichung eines traditionellen christlichen Feiertages plädierte, ist nur als abschätzig zu bezeichnen und verletzte die Gefühle von Christinnen und Christen.

Das Beispiel der Niederlande zeigt überdies, dass eine multikulturelle Ideologie wirkliche Integration und gegenseitiges Verstehen gefährdet. Wer meint, einen christlichen Feiertag durch einen Feiertag einer anderen Religion ersetzen zu können, leistet dem kulturellen Miteinander der Menschen in unserem Land einen Bärendienst. Wer seine eigenen kulturellen und religiösen Grundlagen misachtet, wird auch im Dialog mit anderen Kulturen und Religionen keine Wertschätzung erfahren.

*Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement schlug im April 2004 im Rahmen des Masterplans Bürokratieabbau vor, die Regelung der Ladenöffnungszeiten nicht nur an den Wochen-, sondern auch an Sonn- und Feiertagen durch die Länder vornehmen zu lassen. Damit stellt er das Verkaufsverbot für den Einzelhandel am Sonntag in grundsätzlicher Weise in Frage.*

**Fakt ist:** Im Juni 2004 fällte das Bundesverfassungsgericht ein Urteil, nach dem die im Grundgesetz geschützte Sonntagsruhe nachdrücklich bestätigt wurde. Eine über den gegenwärtigen Stand hinausgehende Freigabe der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen bleibt auch dem Landesgesetzgeber verwehrt, da die Institution des Sonn- und Feiertags unmittelbar durch die Verfassung garantiert ist.

### **Dafür steht die Union:**

Der Schutz sowohl des Sonntages als auch der besonderen christlichen Feiertage wird für die Union als wichtig und unverzichtbar erachtet. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Unsere christ-



lichen Feiertage sind keine beliebig verfügbare Dispositionsmasse, sondern wichtige und schützenswerte Kristallisationspunkte sowohl unserer religiösen als auch unserer gesamt-kulturellen Identität. Sie schützen in besonderer Weise auch die Familien und fördern den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Es darf nicht sein, dass der Sonntag als Tag des Gottesdienstes, als Schutz der Arbeitenden und als gemeinsamer Ruhetag rein ökonomischen Interessen preisgegeben wird.

## Entwicklungspolitik

*„Das internationale Ziel, 0,7 % des Bruttosozialprodukts jedes Landes für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, gilt.“*

Aus dem aktuellen Regierungsprogramm der SPD 2002–2006

**Fakt ist:** Allein die tatsächlichen Ergebnisse von 7 Jahren rot-grüner Entwicklungspolitik sind ein einziges Trauerspiel. Ignoriert man einmal das gesinnungsethische Vokabular von Rot-Grün, so stellt sich auch in diesem Politikfeld nichts als Ernüchterung ein. Den seit 1998 mit großem begrifflichem Pathos vorgetragenen entwicklungspolitischen Zielen folgten keinerlei nennenswerte Taten. Das bestätigen die vielen Kommentare wissenschaftlicher Experten und Entwicklungsfachleute. Die Enttäuschung über das rot-grüne Versagen ist gerade auch bei den kirchlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen enorm.

Bereits im Koalitionsvertrag von 1998 kündigte Rot-Grün an, schrittweise das UN-Ziel umzusetzen, 0,7% des Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Tatsächlich aber strich man den BMZ-Haushalt – mitbedingt vor allem durch die unsolide Haushaltspolitik – auf einen traurigen Rest zusammen, der Deutschlands entwicklungspolitische Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zu tiefst beschädigt hat. Die Finanzierung der deutlichen langfristigen Erhöhung des Entwicklungsetats ist angesichts der dramatischen Lage des Gesamthaushalts offen. Die Bundesregierung hat hier also internationale Finanzzusagen gegeben, die sie selbst nicht halten kann. Der Anteil, den Deutschland von seinem Bruttosozialprodukt für die öffentliche Entwicklungspolitik bereitstellt, stagniert bei 0,28 Prozent. Der Haushalt des Entwicklungsministeriums ist heute faktisch niedriger als 1998. Auch die Initiative zur Entschuldung der Entwicklungsländer lief weitgehend ins Leere. Denn die

Bundesregierung hat nicht sichergestellt, dass die aus der Entschuldung dort frei werdenden Gelder nicht zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher oder zur Finanzierung staatlicher Miss- und Vetterwirtschaft in den Entwicklungsländern benutzt werden. Schuldenentlastung setzt gute Regierungen in den Entwicklungsländern voraus.

Rot-Grün ist des Weiteren verantwortlich für eine verfehlte regionale und sektorale Schwerpunktsetzung in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Regional und sektoral regierte in den letzten 7 Jahren das „Gießkannenprinzip“ bzw. eine ziellose Konzeptionslosigkeit: Partner und Sektoren deutscher Entwicklungszusammenarbeit wurden vor allem nach deren Publizitätswirkung ausgewählt und die Entwicklungsprioritäten der Partner im Grunde genommen ignoriert. Schließlich versuchte die Bundesregierung, ihre mangelhafte Strategie für weltweite Armutsbekämpfung (das sog. „Aktionsprogramm 2015“ als Antwort auf die Millenniumsentwicklungsziele) mit neuen Sonderstäben sowie Definitions- und Statistikspielereien hochzujubeln, was zu Recht als Etikettenschwindel entlarvt wurde.

### **Dafür steht die Union:**

Die Union steht zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen (MDG). Hierzu liegt ein Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte vom 18. März 2005 vor: [www.cdu.de/index.htm](http://www.cdu.de/index.htm) Für die Union ist die Entwicklungspolitik ein zunehmend wichtiges eigenständiges Politikfeld. Daher tritt sie ein für:

- die Verantwortung für die unter Armut Leidenden und
- die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes
- die Abwehr globaler Gefahren und der Stärkung unserer strategischen, politischen wie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnerschaften
- eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik
- eine Erhöhung der Effizienz unserer entwicklungspolitischen Instrumente
- die Stärkung einer guten Regierungsführung und der Selbsthilfekräfte in den betroffenen Ländern und Regionen

Wir stehen dafür, unsere Verpflichtungen zur Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe mittelfristig auf 0,7% zu steigern, sobald der Zustand von Wirtschaft und Haushalt dies erlaubt.



## Evangelisches Leserforum

**Matthias Geyer  
Dirk Kurbjuweit  
Cordt Schnibben  
Operation Rot-Grün.  
Geschichte eines politischen  
Abenteuers.**

*DVA, München 2005  
336 Seiten mit 2 Schaubildern  
ISBN: 3-421-05782-6, 17,90 Euro.*

„Für Schröder ist Politik ein Spiel mit der Macht, für Fischer ist Politik ‚ein Rendezvous mit der Geschichte‘. Beide Agieren wie Staatsschauspieler ohne Drehbuch, denen das Publikum und das Schicksal Stichworte zuwerfen“ (S. 17 f.). Dieses „Staatsschauspiel“ – „diktiert von Zufall und Zwang“, haben die Egon-Erwin-Kisch-Preisträger und Spiegel-Autoren Matthias Geyer, Dirk Kurbjuweit und Cordt Schnibben sechs Jahre lang akribisch dokumentiert.

Schon bei der ersten Neujahrsansprache des Bundeskanzlers 1998 schien die Aufbruchstimmung verfliegen. Bodo Hombach und seine Sozialstaatsreformer stritten immer erbitterter mit Oskar Lafontaine und dessen Anhängern einer staatlichen Ausgabenpolitik um den Kurs Deutschlands. Nachdem auch noch der erhoffte Aufschwung ausblieb, begann der lange, quälende Abstieg des rot-grünen Projekts. Nach Wahlniederlagen und massenhaften Parteiaustritten blieb am Ende nur der unrühmliche Rücktritt des Kanzlers als Parteivorsitzender. Damit einher ging das stille Eingeständnis, nicht einmal die eigene Klientel von seiner Politik überzeugt zu haben.

In Schröders Regierungshandeln haben die Autoren drei Konstanten ausgemacht: die Einsetzung von Kommissionen, deren Ergebnisse erst öffentlich diskutiert und anschließend zögerlich umgesetzt werden. Dann „Etikettenpolitik (‚Neue Mitte‘ oder ‚Deutscher Weg‘) und „symbolische Inszenierungen“ als Politikersatz. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Holzmann-Rettung oder die Green Card. Hinzu kommen „handwerkliche Schlamperei bei der Gesetzgebung“ und „Nachbessern als Machttechnik“, so dass schließlich immer weniger Wähler wussten, warum und wofür sie diese Regierung überhaupt gewählt hatten. Parteien-

forscher Franz Walter bezeichnete die rot-grüne Koalition denn auch als „das sinn- und begründungsloseste Regierungsbündnis seit Bestehen der Bundesrepublik“ (S. 11). Immerhin gelang es dem Duo Schröder-Fischer bei der Bundestagswahl 2002 noch einmal, den „Mantel der Nächstenliebe und des Friedens“ über „die marode gesellschaftliche Basis der Republik“ zu breiten.

Anhand der Kriterien, die die Spiegel-Redakteure zur Beurteilung von Politik anführen – der Zustand der Institutionen des Landes und der Politik, der Zustand des Landes selbst und schließlich die Beziehungen zum Ausland – fällt ihr Urteil über das rot-grüne Experiment am Ende verheerend aus: Es passt ins Bild, dass Schröder nach der NRW-Wahl vorgezogene Neuwahlen vor der Presse ankündigte und damit Verfassungsorgane vor den Kopf stieß. Als Medienkanzler wendete er sich lieber direkt an die Öffentlichkeit, um sein Vorhaben quasi akklamatorisch durchzusetzen. Wer den Zustand des Landes nach sieben Jahren Rot-Grün bewerten will, möge an fünf Millionen Arbeitslose, marode Sozialsysteme und eine überbordende Staatsverschuldung denken. Selbst in der Außenpolitik fällt die Bilanz alles andere als rosig aus: Hier hat die Schröder-Regierung Deutschland nicht nur den verbündeten USA entfremdet, sondern zugleich intensivste politische Kontakte zu dem autoritär regierten Russland aufgebaut. Auch Waffenexporte nach China sind für den Kanzler kein Tabu.

Immerhin lässt die Bilanz des Autoren-Trios am Ende so etwas wie Hoffnung durchscheinen, nicht nur, weil sich das Ende von Rot-Grün immer stärker abzeichnet. Tatsächlich hat die friedensbewegte Linke mit den Kriegen im Kosovo und in Afghanistan ihre Unschuld verloren und sich auf den Weg des Pragmatismus begeben müssen. „Dahinter kommen Rot und Grün nicht mehr zurück, auch nicht in der Opposition“.

Dass SPD und Grüne um diese schonungslose Analyse aus dem „vermeintlich befreundeten Lager“ Verschwörungs-Theorien spinnen, vermag angesichts der Kritikfähigkeit der betroffenen Charaktere auch nicht wirklich zu überraschen. Wer wissen will, was in den letzten sieben Jahren alles schief gegangen ist, sollte zu dem Doku-Roman des Autoren-Trios greifen. Und sei es auch nur deshalb, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, zum Wiederholungstäter zu werden.

*Ruth Kirsch ist Referentin in  
der CDU-Bundesgeschäftsstelle*

## Aus unserer Arbeit

### Ist der Sozialstaat am Ende? Eine Podiumsdiskussion des EAK Berlin-Brandenburg

Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Ist der Sozialstaat am Ende?“ hatte der EAK Berlin-Brandenburg in das Predigerseminar des Doms in Brandenburg an der Havel eingeladen. Als Diskutanten erschienen die Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg, **Dr. Dietlinde Tiemann**, der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Berlin-Neukölln, **Siegfried Lemming**, sowie als Moderator der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK-BB und Mitglied des Kreistages Uckermark, **Henryk Wichmann**.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Landesvorsitzende des EAK BB, **Stefan Dachsel**, dass unser Sozialstaat weitere Belastungen nicht mehr vertragen und dass ein „Weiter so!“ nicht verantwortbar sei. Politiker und Politik müssten daher heute den Menschen in unserem Land deutlich sagen, was sie erwarten.

Frau Dr. Tiemann hob in ihrem Eingangsstatement hervor, dass unser größtes Problem sei, dass wir die eigentlichen Probleme nicht aussprechen würden – sei es nun bezüglich der Massenarbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosen, oder der vermeintlich „sicheren Renten“. Die größte soziale Ungerech-



von links: Siegfried Lemming, Henryk Wichmann, Dr. Dietlinde Tiemann

tigkeit in unserem Lande sei die hohe Arbeitslosigkeit. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sei die oberste Prämisse gerade auch für eine Stadt wie Brandenburg mit einem hohen Anteil an Pendlern und immer noch zu wenig Attraktivität für neue Investoren. Gleichzeitig jedoch müssten die Bürger wieder enger zusammenschließen und wieder ein Miteinander entwickeln. Ehrenamtliches Engagement sei gefordert, um die Leistungen zu erbringen, die die Kommunen nicht bezahlen können. Darüber hinaus müsse eine sinnvollere Aufteilung der Finanzen zwischen Bund, Land und Kommunen erreicht werden.

Siegfried Lemming betonte, dass wir das Geld, das wir heute in Kinder und ihre Bildung zu wenig investieren, später doppelt und dreifach mehr zahlen müssten. Er forderte

deshalb die Möglichkeit, für jedes Kind, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, einen KITA-Platz einzurichten. Eine bewusste Wertediskussion und -bildung sei bereits im Kindergarten und in der Schule notwendig. Nur so könne eine neue Generation „fit für die Zukunft“ in sozialer wie ökonomischer Hinsicht gemacht werden. Ziel müsse eine familienfreundliche Politik sein, wie sie von einigen europäischen Nachbarländern beispielhaft und erfolgreich vorgelebt werde.

Zusammenfassend forderte Henryk Wichmann eine Rückbesinnung auf die Anfänge der Bundesrepublik, auf die Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft, auf die christlichen Wurzeln und Werte des Sozialstaates. Die Schere zwischen Arm und Reich dürfe auf keinen Fall noch weiter auseinander gehen.

**EAK**  
Evangelischer Arbeitskreis  
der CDU/CSU

HERMANN EHLERS  
Evangelische Verantwortung gestern und heute

## Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!

Mit Beiträgen von  
**Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Bischof Peter Krug, Christian Wulff,  
Thomas Rachel, Richard von Weizsäcker und vielen anderen mehr.**

Zum Preis von 9,80 Euro (inkl. Porto- und Versandkosten). ISBN 3-00-016340-9

Zu beziehen über

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK),

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de

**geber:** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de · **Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch aus-  
zugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quel-  
lenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich  
gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar,  
nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 %  
chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

## Werden Sie Unterstützer im Team-Zukunft!

„Gerade im anstehenden Bundestagswahlkampf wird es somit auch verstärkt darauf ankommen, dass wir als Christinnen und Christen in der CDU deutlich machen, dass wir auf einem verlässlichen Wertefundament eine menschenwürdige und verantwortliche Politik für die Menschen im Lande zu gestalten beabsichtigen. Unsere Kanzlerkandidatin, Dr. Angela Merkel, hat in diesem Sinne auf der 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Heidelberg gerade wieder klar gestellt, dass das Fundament sowohl unserer Gesellschaft insgesamt als auch insbesondere der Christlich Demokratischen Union ohne die christliche Botschaft nicht denkbar ist. Dies gilt es neu ins Bewusstsein der Menschen zu bringen.“

Aus einem gemeinsamen Aufruf des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel und des Generalsekretärs der CDU Deutschlands Volker Kauder für das „Team-Zukunft“

**teAM** 

**Z U K U N F T**

[www.team-zukunft.cdu.de](http://www.team-zukunft.cdu.de)

### Unsere Autoren:

Dr. Angela Merkel  
Vorsitzende der CDU Deutschlands  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Ruth Kirsch  
CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Online-Service  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin